

Reinhold-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und IJelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Hauptverlag: Bocholt.
Hilfsverlag: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amstliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptverlag: Bocholt, Rheinstraße 14. Fernsprecher 3044/55.
Bezugspreis: Abbestellung von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Beleggeld 2,52 Mk. — Fern-Sammel-Anzeigenpreis: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite Stellengröße 8 Pfg. Restpreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 1 gültig vom 1. 1. 35).

Nummer 27

Montag, den 28. Januar 1935

Jahrgang 1935

Donnerstag Englandreise Fländins und Cavals.

Das Programm für London

London, 27. Januar.
Es steht fest, daß der französische Ministerpräsident Fländin und der Außenminister Cavals am kommenden Donnerstag nachmittag zu ihren Besprechungen mit der britischen Regierung in London eintreffen werden. Fländin verbleibt jedoch in England noch weitere zwei oder drei Tage auf dem Lande, wo er, wie gemeldet wird, inoffiziell Finanz- und Handelsfragen mit dem Schatzkanzler, mit City- und Bankkreisen und wahrscheinlich auch mit dem Präsidenten des Handelsamtes, Runciman, erörtern wird. Nach dem „Star“ ist Fländin vom Ergebnis der künftigen Sondierungen in London und Washington in der Frage der Stabilisierung enttäuscht.

Pariser Prognosen.

DNB Paris, 27. Januar.
In den der Regierung nahestehenden Kreisen wird betont, daß in London keine Verhandlungen im eigentlichen Sinne des Wortes geführt werden sollen, aber man ist weit davon entfernt, die Bedeutung der Fühlungnahme zwischen der Londoner und der Pariser Regierung zu unterschätzen. Ueber das Programm der Unterredung ist noch nichts bekannt geworden. Im Mittelpunkt des Gedankenaustausches soll jedenfalls das Abkühlungs- und das Sicherheitsproblem stehen. Damit werden wohl auch die gegenwärtig aktuellen Pläne Frankreichs verbunden werden. Das „Echo de Paris“ verlangt, daß der Außenminister in erster Linie das Programm der Stärkung der französischen Armee und des Abschusses des Unterdrückungspasses betriebe, der zur Verdrängung der Briten Frankreich, die kleine Entente, die Balkan-Entente, Rußland und möglicherweise auch Italien zusammenbringen soll. Cavals habe dem deutschen Botschafter mitgeteilt, daß, wenn die Reichsregierung die Verpflichtung zur gegenseitigen Beistandsleistung gegen den Angreifer nicht übernehmen wollte, Frankreich entschlossen sei, ohne Deutschland einen Vertrag abzuschließen.

Sauerwein erklärt im „Paris Soir“

die französische Regierung sei nach reiflicher Überlegung und nach einem Gedankenaustausch mit anderen interessierten europäischen Regierungen bereit, den in der Note vom 12. April des vorigen Jahres zum Ausdruck gekommenen Grundsatze zu revidieren und eine weniger unnachgiebige Haltung anzunehmen.

Die französische Regierung wolle mittelbar oder unmittelbar mit dem Reich in Verhandlungen treten, um eine Regelung der Rüstungen für die Zukunft festzulegen, bleibe aber hinsichtlich der Bedingungen, die diese Verhandlungen befehligen müßten, völlig unnachgiebig.

Die französische Regierung wolle, ehe sie ein Jugendnis — und wäre es auch nur ein rein rechtliches — mache, ihre Auffassung durchsetzen, nach der die in Locarno ergielten weltvollen Garantien für das Rheingebiet auf andere Grenzen

ausgedehnt werden müßten, um den Frieden nicht nur durch die nationalen Mittel der Beteiligten, sondern auch durch die Zusammenarbeit der Nationen sicherzustellen, denn Deutschland wisse, daß Europa sich bei der ersten aggressiven Haltung, wo und in welcher Form sie auch erfolge, selbsttätig gegen Deutschland wenden würde. Dann, aber auch nur dazu, könne man von Abrüstung sprechen. Die Frage sei lebenswichtig. Die Engländer hätten letzten Endes dieselben

Interessen wie Frankreich und hätten anscheinend die französische Methode verstanden, da sie Frankreich bei seinen Verhandlungen in Rom, Berlin und Warschau beistanden. England wolle Deutschland in das Konzert der Völker zurückführen, aber es sei notwendig, daß eine Verständigung möglich sei, denn wenn Deutschland nach Genf zurückkehren würde, nur um sich dort zu streiten, so wäre es besser, seine Wortführer blieben in Berlin.

Reform der Schwurgerichte.

Der neue Verfahrensgang.

Berlin, 27. Januar.
Unter Leitung des Staatssekretärs Dr. Freisler tagte kürzlich der Strafprozeßrechtsausschuß der Strafrechtsabteilung der Akademie für deutsches Recht. Dr. Freisler kennzeichnete die Richtlinien, nach denen das zukünftige Schwurgericht gestaltet werden müsse; er kam zu dem Ergebnis, daß das Gericht für die schwerste Kriminalität ein Gericht sein müsse, das sich aus mehreren gelehrten Richtern und aus Volksrichtern, Laienrichtern, zusammensetzt, die in gemeinsamer, einheitlicher Arbeit, in gemeinsamer Verhandlung, gemeinsamer Beratung, einheitlicher Entscheidung, alle unter Führung des Vorsitzenden zusammenwirken müssen. Der Gang des Verfahrens solle der sein, daß nach Eröffnung der Hauptverhandlung der Staatsanwalt zunächst die Anklage zu vertreten habe, danach folge die eigentliche Hauptverhandlung; am Schluß der Beweisaufnahme solle der Vorsitzende den Gang der Verhandlung und die in der Verhandlung hervorgetretenen wesentlichen Punkte zusammenfassend herausstellen; danach kämen

Schlussfolgerungen der Anklage, die Schlussfolgerungen des Angeklagten, die gemeinsame Beratung, Feststellung des Urteils durch den Vorsitzenden und Urteilsverkündung.

Die Auswahl der Geschworenen müsse nach ihrer Persönlichkeit, ihrem Charakter und ihrer Urteilskraft erfolgen. Zuständig solle das Schwurgericht nur für Kapitaldelikte sein, also für die Fälle der Entscheidung über Tod und Leben und der Verurteilung.

Der Ausschuss stellte sich nach eingehender Aussprache auf den Standpunkt, daß die Zulassung der wahlweisen Feststellung mit den sich daraus ergebenden Begrenzungen ein weiteres Mittel sei, um der materiellen Gerechtigkeit im Strafverfahren Wirkungsmöglichkeit zu geben.

Weiterhin waren Gegenstand der Aussprache die besonderen Arten des Verfahrens (Privatklage, Strafbefehl, Strafbefugnis, Strafbefugnis, abgekürztes Verfahren, Einweisung), über die Staatsminister Dr. Thierack (Dresden) berichtete. Ueber das Thema Staatsanwalt und Verteidiger sprachen Staatsanwalt Dr. Schwenke (Dresden) und Staatssekretär Dr. Freisler.

Schneesturm Stärke 12.

Unwetter im Riesengebirge.

DNB Hirschberg, 27. Jan.
Im ganzen Riesengebirge tobte am Donnerstagabend bis in die Nacht zum Sonnabend ein überaus heftiger Schneesturm in Stärke 11/12.

Im Hochgebirge war der Verkehr unmöglich, und die Bewohner der Hochgebirgsdörfer konnten die Häuser nicht verlassen. Auch in den Bergorten und in den Vorbergen war der Verkehr stark erschwert. Auf den Landstraßen wurden Autos umgeworfen. Für Fußgänger war ein Fortkommen fast unmöglich. In Querflüssen wurde eine Wellblechautogarage etwa fünf Meter von dem Sturm weggetragen und dabei auch ein Stacheldrahtzaun mitgenommen. In den Wäldern ist sehr großer Schaden angerichtet worden, ebenso an Dächern, Gärten usw. — Die Baudenkmäler, die sonst jeden Tag ins Tal fahren, konnten am Freitag nicht fahren; am Sonnabend ist der Sturm erheblich abgeklaut. Es herrscht etwa Windstärke 3. Im Hoch-

gebirge hat Schneefall eingelegt. Samstag morgen war 5 Grad Kälte.

Schwere Stürme über England.

Schiffe verschollen.

London, 27. Jan.
Bei dem heftigen Sturm, der Sonnabend früh über ganz England legte, wurden mehrere Einwohner von London verletzt, darunter verschiedene Personen durch Einsturz von Schornsteinen. Aus allen Teilen des Landes werden Sachschäden gemeldet. Hunderte von Fernsprekmasten und viele Bäume wurden umgerissen. Mehrere Häuser sind eingestürzt. Einige Luftkessel mußten unterbrochen werden. Es wehte ein eisiger Wind. In mehreren Teilen Londons fielen leichte Schneeflocken und Hagelkörner. Der Herzog und die Herzogin von Kent, die sich auf der Hochseefahrt an Bord des Schiffes „Duchess of Richmond“ auf der Fahrt nach den Westindischen Inseln befinden, erlebten einen der schlimmsten Kanalarbeiter seit Jahren. Das norwegische Schiff „Ganga“, das um Mitternacht den Hafen von Blyth erreichen wollte, wurde vom Sturm auf die hohe See getrieben und ist seitdem nicht mehr gesichtet worden. Besorgt ist man auch um den südlawischen Dampfer „Duba“ (4115 Tonnen), der im Sturm vor dem Tine vor Anker ging und seitdem verschollen ist. Der norwegische Dampfer „Kondo“ (2243 Tonnen) lief an der Westküste von Schottland auf Grund. Mehrere kleine Schiffe wurden an die Küste getrieben.

20 Petroleumbohrtürme vom Sturm zerschmettert.

Verheerende Folgen eines Schneesturmes.

DNB Warschau, 27. Januar.
Aus dem polnischen Petroleumgebiet bei Borslaw werden Einzelheiten über die verheerenden Folgen eines Schneesturmes bekannt, der dort in der Nacht zum 26. Januar gewütet hat. Rund 20 Bohrtürme wurden vom Sturm umgeworfen und vollständig zerschmettert. Viele Häuser wurden abgedeckt, und eine Reihe von Schornsteinen der Fabrikanlagen stürzten ein. Die Telefon- und Telegraphenverbindungen sind im großen Umkreise zerstört. Die Stadt Lubomir wurde völlig vom Drahtverkehr abgeschnitten. In Gronobez beschädigte der Orkan das Elektrizitätswerk, so daß die Stadt in Dunkel gehüllt wurde. Auf einzelnen Höhen sind große Schneeverwehungen bis zu 5 Meter Höhe eingetreten. In mehreren Bezirken des Kreises Dronobez ist kein Fahrverkehr möglich. Zwischen Pzemorski und Dronow blieb ein Postauto im Schnee fest. Bei der Station Gronobez fuhr ein Personenzug auf einem Güterzug, da der Schneesturm die Weichen verstopft und außer Betrieb gesetzt hatte. Zwei Personen wurden dabei schwer und 14 leicht verletzt.

Ziele der Wehrmacht für 1935.

Von

Major Jost, Reichswehrministerium.

Prophezeiungen sind immer eine mißliche Sache. Der Soldat, zu nächster Betrachtung der Tatsachen erzogen, wird sich vor derartigen Zukunftsmutungen ganz besonders hüten. Aber gerade der Soldat, dessen Gegenwartsarbeit mehr als die vieler anderer Berufsstände der Zukunft dient, muß vor- ausdenken können. Vorausdenken, — nicht vorausdisponieren und nicht prophezeien! Er muß die großen Linien sehen, die die Wehrmacht zu ihrer wesentlichen Bestimmung führen, er muß das Geseh, nach dem er angetreten ist, klar vor Augen haben, um es in der Zukunft zu erfüllen. Diese großen Entwid-

Die wichtigsten Sportereignisse.

Den Fußball-Länderkampf Deutschland — Schweiz gewann Deutschland in Stuttgart vor 60 000 Zuschauern 4:0. — Die deutsche B-Mannschaft verlor in Luzern 0:1.

Beim Internationalen Reitturnier in Berlin stürzte der auch in Westdeutschland bekannte Turnierreiter Axel Holst tödlich.

Das Radrennen „1000 Runden“ im Berliner Sportpalast entschied der Schön-Lohmann für sich.

Deutscher Skimeister über 50 km wurde der Norweger Kaare Hatten.

Deutsche Tennismeister blieben von Cramm und Hilde Sperling.

Eishockey-Weltmeister wurde in Davos nach einem 4:2-Sieg über die Schweiz wieder Canada. — Deutschland gewann die Trostrunde gegen die Polen.

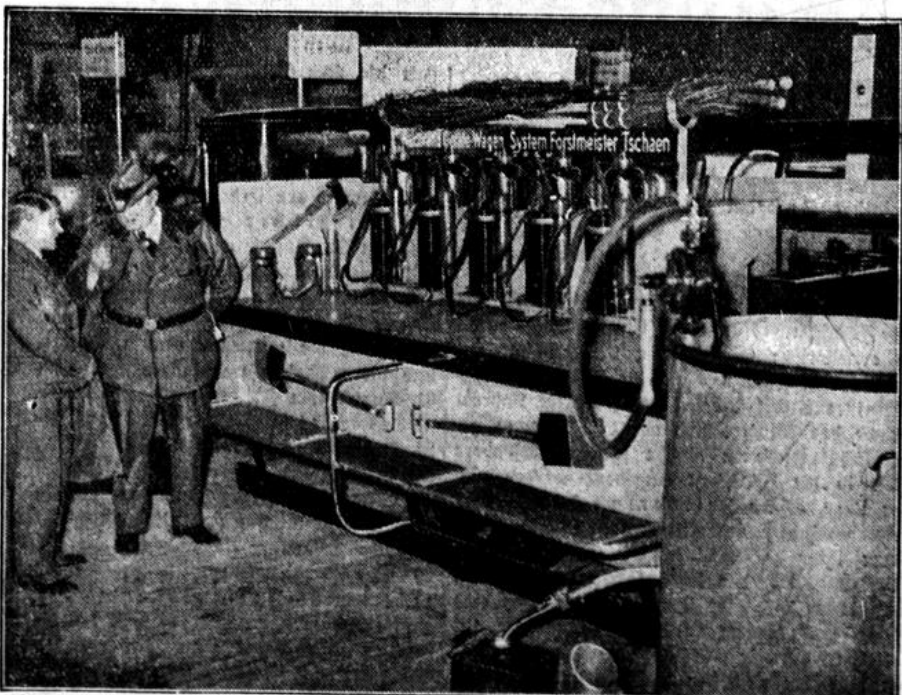
lungslinien aber sind in der jüngsten Vergangenheit so eindeutig festgelegt worden, daß ihre Fortführung in die Zukunft nicht schwer fällt.

Zwei Erinnerungstage der nächsten Zeit geben äußere Anhaltspunkte für einen Ausblick. Am 30. Januar jährt sich zum zweiten Male der Tag der Wacht- ergreifung Adolf Hitlers und die Geburtsstunde des neuen Reiches. Drei Tage danach könnte die „Konferenz zur Verabreichung und Begrenzung der Rüstungen“ ihren Eintritt ins 4. Lebensjahr „feiern“, wenn zu dieser „Feier“ auch nur der geringste Anlaß bestände. Zwei Erinnerungstage, die unmittelbar nichts miteinander zu tun haben, und die doch innerlich durch ihre Gegensätze verknüpft sind. Indem Adolf Hitler ein einziges, freies, gleichberechtigtes und in gleicher Sicherheit lebendes Deutschland zum Ziele seiner Arbeit machte, setzte er sich in Gegensatz zu jener „Gesellschaft der Nationen“ und deren Werkzeug, der sogenannten Abrüstungskonferenz, deren Hauptbestreben dahin ging, Deutschland auf einem Zustand minderen Rechts, geschmälter Freiheit und ständiger Unsicherheit zu halten.

An diesem Gegensatz ist die Abrüstungskonferenz gescheitert. Dieser Gegensatz führte zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Jetzt soll Deutschland den verlassenen Platz in Genf wieder einnehmen. Man spricht jenseits des Rheines von „realer“ Wädigung der Tatsachen, jenseits des Kanals von einer Art „Gnadenerlaß“, der dem 15 Jahre dauernden wehrpolitischen Gefängniszustand Deutschlands — reichlich spät nach unserer Ansicht! — ein Ende machen soll. Man ist nüchterner geworden und spricht nicht mehr von einer Konferenz zur „Verabreichung“ der Rüstungen, sondern nur von „Begrenzung“. Man reicht das Zuckerbrot einer an allerer Vorbehalte geknüpften Anerkennung eines deutschen Rüstungsstandes, wie er sich etwa in den englischen und italienischen Memoranden von Anfang 1934 abzeichnete, und droht gleichzeitig mit der Feilsche neuer Militär- bündnisse, neuer Sicherheits- und Garantienbündnisse, kurz mit der völligen „Isolierung“ eines föderischen Deutschlands, wenn es sich weigern sollte, die Grenz- ziehung von 1919 freiwillig anzuerkennen und sich zum aktiven Mitspieler bei allen Handeln zu machen, die im friedlosen Europa entstehen können. Man besinnt sich auf die Gleichberechtigungsförmel vom Dezember 1932 und vergißt nur, daß die gleiche Förmel eine Ziffer enthält, die von den Siegermächten eine „wesentliche Verabreichung“ der Rüstungen fordert.

Denn die Rüstungs- und Sicherheitslage der Welt hat sich seit jener Förmel, und nicht erst seit dem Auszug Deutschlands aus Genf, gründlich geändert. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte man die gewaltige Aufrüstung rings um Deutschlands Grenzen mit Einzelheiten belegen. Zu dem kaum entwirrbaren Reg der früheren Militärbündnisse Frankreichs sind im vergangenen Jahr die militärpolitischen Abmachungen mit England und der Sowjet-Union und Anfang Januar 1935 die in gleicher Richtung zielenden Vereinbarungen mit Rom gekommen. Wertwärdig,

Die fahrende Waldbrand-Löschstation.



Der Preussische Staat hat soeben eine bedeutende Neuerung für den Kampf gegen die Waldbrände eingeführt. Es sind zehn Waldbrand-Löschstationen, die mit allem erforderlichen Zubehör auf Lastkraftwagen untergebracht sind. Ein solcher Wagen ist mit Silica-Waldbrandlöschwagen versehen sowie Feuerdetektoren, Mischgas und allen anderen Geräten, wie Beilen, Spaten usw., die zur Bekämpfung von Waldbränden notwendig sind. Ferner vermag der Wagen noch zehn Personen zur Brandstelle zu befördern. Man hofft, durch diese schnell beweglichen Lösstationen die Waldbrandgefahr, die alljährlich die Wälder bedroht, wirksam zu bekämpfen.

daß man angeht die deutsche Politik mit dem Gedanken einer „Vollendung“ schreien zu können glaubt. Die Sicherheit eines Staates ist kein unüberwindlicher Begriff, sondern immer abhängig von den militärischen und politischen Sicherheitsfaktoren der Nachbarstaaten. Werden diese unaufhörlich verstärkt und ausgebaut, so muß das notwendig Rückwirkungen auf das militärische Sicherheitsverlangen eines Staates in der zentralen Lage Deutschlands haben. Diese Vorfälle sollten sich die deutschen Augen halten, die selbst unaufhörlich aufrücken und von Deutschland als Vorleistung für die Aufhebung des Teiles V des Friedensvertrages die Unterzeichnung unter den Ostpart, das österreichische Garantieabkommen und die Rückkehr nach Genf verlangen.

Nach der glücklichen Lösung der Saarfrage wird also das Thema „Sicherheit“ die äußere Politik der kommenden Monate beherrschen. Die deutsche Stellungnahme ist mit aller Klarheit in dem kürzlichen Interview des Führers und Reichsfanzlers festgelegt. Sie gliedert sich in 4 Punkten:

1. Deutschland wird von sich aus den Frieden niemals brechen;
2. die deutsche Gleichberechtigung — und zwar nicht nur die moralische, sondern auch die tatsächliche — ist die Voraussetzung für jede Beteiligung Deutschlands an internationalen Abmachungen und Vereinbarungen;
3. die deutsche Politik wird nicht Abmachungen eingehen, deren Konsequenzen nicht ganz eindeutig zu übersehen sind;
4. „Wer uns anfaßt, greift in Dornen und Stacheln!“

Seine Einheitsfront, kein diplomatischer Druck und seine alten oder neuen Militärbündnisse werden diese klare deutsche Linie unterlegen können. Die Entwicklung über das französische „Nein“ vom 17. 4. 1934 hinweggegangen, sie wird auch alle kommenden Versuche, das wehrpolitische Rad der deutschen Geschichte rückwärts zu drehen, erfolglos machen. Nichts wäre für uns leichter, als der Wächter einer internationalen Vereinbarung über die Rüstungsbegrenzung, sofern man im anderen Lager nur gewillt wäre, das Wort „Gleichberechtigung“ richtig aufzufassen. Nebenbei sei bemerkt, daß der Wächter eines solchen Abkommens durchaus nicht mit der Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund verbunden sein muß. Die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten haben sich in den vergangenen Jahren sehr eifrig und völlig „gleichberechtigt“ an der Abrüstungskonferenz beteiligt, ohne Mitglieder des Völkerbundes zu sein. Auch die kommenden Rüstungsverhandlungen der großen Seemächte spielen sich außerhalb des Genfer Rahmens ab. Deutschland ist daran nur als Zuschauer beteiligt. Es ist aber klar, daß, mag diese Konferenz ausfallen wie sie will, aus ihrem Ergebnis sich auch auf dem Gebiet der Seerüstungen zwingende Rückwirkungen im Sinne sachlicher deutscher Gleichberechtigung ergeben müssen. Im ganzen gesehen, wird also die außenpolitische Linie der deutschen Wehrpolitik im Jahre 1935 das Ziel unaufhaltsam verfolgen, das ihr der Führer gestellt hat und das das Ziel jeder gesunden Wehrpolitik und jeder Wehrmacht sein muß, die letzte und stärkste Sicherung des Staates und Volkes gegen äußere Gefahren zu bilden, um allein durch ihr Dasein die Kriegsgefahr abzuwenden.

Und die innere Wehrpolitik wird diesem Ziel dienen. Die Zeiten sind glücklicherweise vorbei, in denen das kleine Berufsheer von Versailles und Weimar, wie es die Verfassung des deutschen Soldaten vom Frühjahr 1930 noch forderten, die Doppelaufgabe hatte, als „Mittelglied der gesetzmäßigen Reichswehr“ den Bestand des Reiches „nach außen und nach innen“ zu schützen. Und alle Spekulationen der Emigrantendrucke auf innere Zwistigkeiten und Gegensätze zwischen Wehrmacht und den Organisationen der NSDAP werden bleiben, was sie sind und waren: unerfüllbare Wunschträume. Die Wehrmacht wird in der Zukunft die Aufgabe haben, die im Jahre 1935 das neue Jahr einleitete, war der stärkste Beweis der inneren Zusammengehörigkeit von Wehrmacht und Partei, die auf getrennten Wegen und in klar abgegrenzten Arbeitsfeldern dem gemeinsamen Ziel dienen. Die Wehrmacht hat es nicht mehr nötig, den Bestand des Staates „nach innen“ zu schützen. Ihr Oberbefehlshaber hat ihr dafür eine lohnendere Aufgabe gestellt; nämlich zusammen mit den anderen Organisationen des Staates und der Partei „ein nationaler und gesellschaftlicher Schmeltiegel eines neuen deutschen Menschen“ zu sein. Diese Aufgabe konnte das Reichsheer des Weimarer Reiches schon aus Gründen der äußeren starren Wehrorganisation nicht lösen, denn nur 2 vom Hundert der wehrfähigen Jugend Deutschlands fanden im jährlichen Durchschnitte Eingang in die Wehrmacht, um sie nach 12jähriger Dienstzeit wieder zu verlassen. Die inneren und äußeren Schranken des verfallenen Wehrsystems sind gefallen, und damit ist die Bahn freigelegt für eine Entwicklung, die die Wehrmacht wieder zu einer Schule der Nation im Sinne Schopenhauers und Höpners machen wird.

Japanisch-chinesische Verhandlungen.

Der Zwischenfall von Tschachar beigelegt?

— Schanghai, 27. Januar.

Die Nanking-Regierung hat den Beipinger politischen Rat angewiesen, mit Japan Verhandlungen über den Zwischenfall von Tschachar zu führen, fern der Verluste auf chinesischer Seite festzustellen. Die Nanking-Regierung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Beilegung dieses Zwischenfalles keine Schwierigkeiten bieten werde; Voraussetzung sei allerdings, daß Japan ehrliche Absichten habe.

Der Vertreter der japanischen Außenminister Kwangtung Tschangschun teilte mit, die chinesischen Truppen hätten, die durch Jäger festgehalten werden konnten, sich hundert Meilen weit zurückgezogen. Eine japanische Abteilung beobachtet in der Nähe Tschachars die Bewegung der chinesischen Truppen. Ihre Hauptmacht habe bei Shaochuan, eine dritte Abteilung bei Nanking. Tschangschun teilte weiter mit, die japanische Kwangtung-Armee werde von Sankai aus Verhandlungen mit dem Gebiet des Boeseees. Die Mandchurien beansprucht den Besitz dieses reichhaltigen Sees, jedoch Streitigkeiten um dieses Gebiet entstehen könnten. Man hofft jedoch, den Zwischenfall zu isolieren und eine freundschaftliche Regelung ohne Anwendung von Waffengewalt zu erreichen.

Der Sprecher des japanischen Außenministeriums erklärte in einer Pressekonferenz, die Regierung habe eine Mitteilung des Oberbefehlshabers der japanischen Armee in der Provinz Kwangtung, General Minami, erhalten, wonach das am 23. Januar in der Provinz Tschachar eingeleitete militärische Vorgehen beendet worden sei. Die japanischen Streitkräfte hätten alle von chinesischen Truppen besetzten Gebiete in ihren Besitz genommen. Damit sei der Zwischenfall beigelegt zu betrachten. In der Mitteilung wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß sich in der Provinz Tschachar japanische Organisations- und Kräfte sammelten, die es sich zur Aufgabe machten, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verbessern. Der japanische Militärattaché in Peking habe darüber Verhandlungen mit der chinesischen Regierung geführt.

Der Vertreter des japanischen Außenministeriums dementiert energisch Gerüchte der amerikanischen Presse über eine bevorstehende Annexion Mandchuriens durch Japan.

Was soll die neue Wehrmacht in Wahrheit sein? Vor nahezu 180 Jahren gab Schopenhauer auf diese Frage die Antwort: „Die Vereinigung aller moralischen und physischen Kräfte aller Staatsbürger“, und er sagte weiter, daß es darauf ankomme, Armee und Nation inniger zu verschmelzen. Wir sind sicher, daß uns das Jahr 1935 diesem Ziel näher bringen wird. Die deutsche Wehrmacht wird dann wieder das ehrene

Die Errichtung des deutschen Nationalstaates.

Reichsminister Dr. Frick über die Reichsreform.

DNB Berlin, 27. Januar.

Aus Anlaß des zweiten Jahrestages der nationalsozialistischen Revolution hatte die NSR eine Unterredung mit Reichsminister Dr. Frick über die Reichsreform. Der Minister führte aus: „Im Mittelpunkt der Arbeit meines Ministeriums steht die Reichsreform. Sie ist bereits mit dem Ermächtigungsgesetz, dem Gleichhaltungsgesetz und dem Reichs-Katzenbergergesetz vom März und April 1933 eingeleitet und mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches, das am 30. Januar 1934 vom Deutschen Reichstag beschlossen wurde, entscheidend fortgeführt worden. Was Jahrhunderte ein frommer Wunsch großer Patrioten war, was selbst zu Bismarcks Zeiten noch nicht reif gewesen ist und die Parlamentarier der Systemzeit nicht durchzuführen wagten, ist aus den Glutten der nationalsozialistischen Revolution hervorgegangen: die Errichtung des deutschen Nationalstaates.“

Die Voraussetzung für diese Neugestaltung des Reiches in einer großen Volksbewegung geschaffen zu haben, ist das unvergängliche Verdienst des Führers und Reichsfanzlers. Von der zweckmäßigen und kompromißlosen Errichtung des Neubaus des nationalsozialistischen Reiches wird letzten Endes seine Widerstandskraft und Stärke abhängen.

Nach beendeter daher dieses Problem gegenwärtig am meisten, zumal bei der Ueberzeugung bin, daß es die innerpolitische Hauptaufgabe unserer Zeit ist.“

Auf die Frage nach den Schwierigkeiten, die sich der Durchführung des Neubaus des Reiches entgegenstellen, erwiderte Dr. Frick: „Es ist klar, daß eine staatliche

Grundlage des Staates und gleichzeitig eine große Schule der Nation sein.

Wären die anderen das „Militarismus“ heißen! Wir nennen es Dienst am Frieden eines freien, gleichberechtigten und starken Deutschland nach dem Wort seines Führers: „Keinen Deutschen für einen neuen Krieg, aber für die Verteidigung des Vaterlandes das ganze Volk!“

Neugliederung, die auf Jahrhunderte die Einteilung und Verwaltung des Reiches festlegen soll, nicht überstürzt werden darf. Das Zwischenreich war ein Bundesstaat, der die Erbschaft der alten Königreiche und Fürstentümer noch sehr deutlich an sich trug. Das Dritte Reich hat mit allen Separatisten und Sonderbestrebungen restlos ausgeräumt. Es kennt keine „besonderen Interessen“ und Länderhoheiten mehr, es hat sich nur die einzige Aufgabe gestellt: ein einheitliches Reich zu schaffen, das seine großen geschichtlichen Aufgaben lösen kann.

Daß sich dabei nie und da gewisse Schwierigkeiten ergeben, ist kaum vermeidbar. Die Reichsregierung ist überzeugt davon, daß alle Hindernisse dank der nationalsozialistischen Grundhaltung des deutschen Volkes leicht überwunden werden.

Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt werden können, so wird doch bei der Gebietsabgrenzung der neuen Reichsgemeinschaft die volkswirtschaftlichen, politischen und geographischen Beziehungen der einzelnen Gebiete jede mögliche Rücksicht genommen werden.“

Der Minister schloß die Unterredung mit einer Kennzeichnung des vergangenen zweiten und des beginnenden dritten Jahres der nationalsozialistischen Staatsführung.

Das Jahr 1934 hat mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches die Grundlage für nationalsozialistische Freiheitsstaat geschaffen. Durch die Zusammenlegung der Reichs- und preussischen Ministerien wurde ein weiterer wichtiger Schritt in dieser Richtung getan. Das Jahr 1935 hat uns zum Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution die neue Reichsgemeinschaft gebracht, der voraussichtlich auch die territoriale Neugliederung des Reiches folgen wird. Damit wird grundsätzlich das Wichtigste für den Neubau des Reiches entschieden sein.

Richtlinien für die rassenpolitische Erziehungsarbeit in den Schulen.

Ein Erlass des Reichsministers Rüst.

DNB Berlin, 27. Januar.

Das Deutsche Nachrichtenbüro teilt mit: Verschiedene ministerielle Erlasse der Länder haben im ersten Jahre der nationalsozialistischen Staatsführung die Behandlung der Erziehungslehre und Rassenkunde im Schulunterricht veranlaßt. Nachdem nunmehr das Reichserziehungsministerium geschaffen worden ist, hat Reichsminister Rüst im Einvernehmen mit dem Reichsführer der NSDAP einheitliche Richtlinien für die Zielsetzung des Unterrichts auf diesen Gebieten erlassen, denen umso größere Bedeutung zukommt, als der nationalsozialistische Rassengehalt für Partei und Staat im Mittelpunkt der weltanschaulichen Erziehungsarbeit steht.

Aus dem umfangreichen Erlass, der die Verteilung des Stoffes und die Zielsetzung des rassenpolitischen Unterrichts im einzelnen enthält, seien die folgenden, für die Öffentlichkeit wesentlichen Gesichtspunkte wiedergegeben:

Zweck und Ziel der Rassenkunde soll es sein, im Unterricht aller Schulkinder die neuen Rassenkenntnisse zu vermitteln, aus ihnen die Folgerungen für alle Rassen und Lebensgebiete zu ziehen und dadurch nationalsozialistische Gesinnung zu wecken. Es gilt daher:

1. „Einführung zu gewinnen in die Zusammenhänge, die Ursachen und die Folgen aller mit Vererbung und Rasse in Verbindung stehenden Fragen.“
2. „Verständnis zu wecken für die Bedeutung, welche die Rassen- und die Vererbungslehren für das Leben und Schicksal des deutschen Volkes und die Aufgaben der Staatsführung haben.“
3. „An der Jugend Verantwortungsbewußtsein zu wecken, das sie in der Gesamtheit des Volkes, d. h. den Völkern, den Lebenden und den kommenden Geschlechtern zu führen, Stolz auf die Zugehörigkeit zum deutschen Volk als einem Hauptträger des nordischen Erbes zu wecken und auf den Willen der Schüler in der Richtung einzuwirken, daß sie an der rassenpolitischen Aufgabe des deutschen Volkstums bewußt mitarbeiten.“

Diese Schulung von Sehen, Fühlen, Denken und Wollen soll nach der Verordnung bereits auf der Unterstufe einsetzen, jedoch entsprechend dem Willen des Führers, „kein Knabe und keine Mädchen die Schule verläßt, ohne zur letzten Erkenntnis über die Notwendigkeit und das Wesen der Rassenkunde geführt zu sein.“ Der Erlass behandelt dann die Anwendung dieser Gesichtspunkte auf die einzelnen Stoffgebiete.

Der neue Staat steht es als seine Pflicht an, die Schüler mit den wichtigsten Ergebnissen der Rassen- und Familienforschung bekanntzumachen, um die idealtätige Bedeutung des Erbes und der Rasse für den einzelnen, wie für das ganze Volk deutlich zu machen. Der Schüler soll lernen, sich als Glied in der ewigen Kette seines Volkes zu fühlen; er muß wissen, daß die wichtigste Eigenschaft seines Volkes seine Rasse ist, die sich in der Sprache, Kultur und Weltanschauungsgemeinschaft zu trennen ist.

Die Gefahren der Rassenmischung mit fremden Rassen, besonders mit außereuropäischen Bestandteilen, sollen nachdrücklich dargelegt werden. Jede Vermischung bedeutet für jedes Volk Verrat an der eigenen Aufgabe und damit am Ende den Untergang. Grund der Ausgestaltung fremden Rassen ist also nicht etwa die Ueberzeugung von der besonderen Schlechtigkeit, sondern lediglich die Feststellung ihrer unabänderlichen Andersartigkeit.

Die Weltgeschichte ist nach dem Erlass des Reichserziehungsministers als Geschichte rassischer bestimmter Volkstümer darzustellen. Aus dem Rassengehalt der Weltgeschichte ist die Ableitung der Demokratie oder anderer Gesellschaftsformen, die (Panuropa, Menschheitskultur) abzuleiten und der Sinn für den Führergedanken zu stärken.

40 Tage Sommerferien.

Einheitliche Reichsregelung des Schuljahres.

— Berlin, 26. Januar.

Reichsminister Rüst hat in einem Erlass den Ablauf des Schuljahres und die Verteilung der Ferien für die Vorkurs-, mittleren und höheren Schulen des ganzen Deutschen Reiches geordnet.

Schulanfang und -schluß liegen danach wie vorher im Frühjahr. Für diese Entscheidung waren allgemeine erzieherische Erwägungen, die Rücksicht auf die Schulentlassenen selbst und auf die Wirtschaft maßgebend. Minister Rüst hat daher das jeweilige Jahresziel ans Ende des Winters und vor den Sommer gestellt. Die Schulentlassenen können so ohne besondere Schwierigkeit in die Wirtschaft eingebaut werden und sind in der Lage, ohne Zeitverlust in das vom Reichserziehungsministerium geführte Landjahr einzutreten oder ihren Arbeitsdienst abzuleisten. Die Sonderbestimmung, daß der letzte Schultag noch in den März fallen soll, gibt ihnen überdies noch eine kurze Zeit der Entspannung und der Vorbereitung auf das neue Leben.

Minister Rüst hat auch den weiteren Ablauf des Schuljahres auf die Gegebenheiten von Natur und Leben und den Bedürfnissen der Volksgemeinschaft aufgebaut. Die Haupterholungszeit ist für das gesamte Reich nunmehr auf 40 Tage ausgedehnt worden. Damit ist die Gewähr für volle Entspannung und Erholung gegeben. Außerdem kann nun in dieser

Bevorzugte Arbeitsvermittlung.

— Berlin, 27. Januar.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat im Einvernehmen mit der Reichsleitung der NSDAP und der Obersten SA-Führung den Personalkreis für die bevorzugte Arbeitslosenvermittlung dahin erweitert, daß nunmehr alle Parteimitglieder, deren Mitgliedschaften bis zum 30. Januar 1933 ausgetreten waren, zur Sonderaktion zugelassen sind. Diese Anordnung ist bei Neueinstellungen zu beachten.

Erhebliche Verbesserung des Steueraufkommens.

— Berlin, 27. Januar.

Die tatsächliche Verbesserung des deutschen Steueraufkommens in den ersten neun Monaten des Rechnungsjahres 1934 (1. April bis 31. Dezember 1934) beträgt 945,7 Millionen Mark im Vergleich zum Vorjahr. Selbst wenn man 141,8 Millionen Mark, die auf die Schlichtersteuer entfielen, abzieht, verbleibt noch ein Mehr von 803,9 Millionen Mark.

Möbelwagen bei Heimbürger.

DNB Saarbrücken, 27. Januar.

Im Saargebiet verbreitet sich die Kunde, daß der bisherige französische Direktor des Innern, Heimbürger, beabsichtigt, in den nächsten Tagen seinen Wohnsitz nach dem lothringischen Saargemünd zu verlegen und nur gelegentlich zur Ausübung seiner Amtsgeschäfte nach Saarbrücken zu kommen. Vor seiner Abreise nach Bismarcksweiler wird er die Möbelwagen aufgeben. Die Möbelwagen der Reichsregierung sollen mitgeteilt worden sein, daß ihr Verbleib ab Dienstag nicht mehr im Saargebiet wohnt. Weiter verlautet, daß Heimbürger die Abreise in den nächsten Tagen einen sogenannten Erholungsurlaub antritt.

Der frühere Ministerpräsident Sanchez Guerra †

DNB Madrid, 27. Januar.

Der frühere Ministerpräsident und ehemalige Führer der spanischen Konservativen, Sanchez Guerra, ist im Alter von 75 Jahren gestorben.

Sanchez Guerra war 1903 bis 1904 Innenminister und 1917 bis 1922 Kammerpräsident. 1921 übernahm er als Nachfolger des ermordeten Dato die Führung der Konservativen Partei. Im März 1922 beauftragte ihn der König mit der Bildung der Regierung. Sanchez Guerra hat später immer entschieden gegen die Diktatur Primo de Riveras Stellung genommen und ist auch zeitweilig außer Landes gegangen. Im Jahre 1929 verlor er eine Erhebung gegen die Diktatur, die aber missglückte. Ein gegen ihn durchgeführtes kriegsgerichtliches Verfahren endete mit seiner Freisprechung. Im Februar 1932 unternahm er dann noch einmal einen vergeblichen Versuch, eine Regierung der „Großen Koalition“ zu bilden.

Ein Knabenmord in Berlin.

— Berlin, 27. Januar.

In Berlin-Niederschönhausen wurde am Sonntagvormittag auf dem Bismarckweg, einem unbesetzten Verbindungsweg hinter einem Plantagen, der achtjährige Schüler Paul Herms mit einem Messer ermordet. Der Knabe hatte gestern abend gegen 19.30 Uhr sich von seinen Spielkameraden verabschiedet, um in die elterliche Wohnung zurückzukehren. Etwa eine Viertelstunde später wurde er noch auf dem Wege zur Straßenbahnhaltestelle gesehen. In seiner Begleitung soll sich zu dieser Zeit ein jüngerer Mann befunden haben. Nach dem Befund der Obduktion ist das Kind kurze Zeit danach an der Stelle ermordet worden, an der es heute früh aufgefunden wurde.

Gold fällt ins Meer.

DNB London, 27. Januar.

Während des Fluges von Paris nach England fiel ein Goldbarrenpalet im Werte von 7 000 Pfund, das in einem englischen Flugzeug transportiert wurde, ins Meer. Über dem Kanal hatte das Flugzeug gegen schweren Sturm zu kämpfen. Bei der Landung in Essex entdeckte man, daß durch den Sturm das Gepäcksgefäß eingedrückt worden war und so das Gold herausgefallen konnte.

25 000 Obdachlose im Mississippi-Gebiet.

— Marks, 27. Januar.

Die Schäden, die die Ueberflutungen im oberen Mississippi-Delta angerichtet haben, belaufen sich nach bisherigen Schätzungen bereits auf über 5 Millionen Dollar. Die Zahl der Obdachlosen ist auf über 25 000 gestiegen.

Uebergab der I

Die national neben den and gaben dem V Wohnung a den zu verb ihn ernähr. Griff genommen regierung getra Arbeitsro zur Verfügung der Verfügun des Sieblers d stellen undich schen Grenzbezir

Den Umfang feldung im Wa teoier, gema Gewarlung Ro für Bergarbeit Vorarbeiten in zeit in Gewerke. Jedes Grn Haus enthält Wohnraum, eine beitsraum und lichteit zur Ga tung. Er wird rungsbedarfes des Sieblers st ihm gezachte Mi belohnt sich au

Am Sonntage dieser ersten g Arbeitsron wohner. Ein woller Weise ein nügige Heimfati

100

Die Welt

Am 1. April 1904

Nummer 1

im

Der

Der französische Ministerpräsident, der am Montag eine Aussprache dargeboten und die genauen Bedingungen der französischen Sicherheitsfrage mitgeteilt hat, ist der Ministerpräsident, der die folgenden Punkte in der Aussprache dargeboten hat:

Zu diesen Punkten glaubt der englische Ministerpräsident, dass die französischen Bedingungen zu den französischen Bedingungen der Sicherheitsfrage in der Zeitartikeln drückend sind.

Aus diesen Punkten, dass eine doch Streikkräfte, die die „Times“ den „deutschen“

Frankreich, sehen, wenn die Streitkräfte wieder in die Mächte eintrifft, zu erreichen, scheint ihm eine auf: Rückkehr in die Aufnahme am 2. eines Sicherheitsfrage, aktiven Streitkräfte, wobei dieser die Deutschen, die den Streitkräfte, militärische, auszugleich, würde sich schließe, Großbritannien, gestellten Ordnungen, pflichtungen, unter, sein müßte, die Verhandlungen, würde eine offene Meinungsverschiedenheit, England vorzuziehen.

„Die j“

Kompr

Der Pariser, daß bei dem Besprechungen sich und die französischen Beschränkungen werden in Paris über, kan den Worten, die britische, hebung der Ver, unter der einzige, lands nach Ge, handlungen, deren

Die wirksam, wie verlaute, Verbündeten, saßler, aber nur gen, einer all, einer all, die Begre, schluß nur b, Frankreichs, heitgarantie

Die Bemühungen, seinen Anspruch, zu berücksichtigen, obachten dahin, ersten Anzeichen, handelte, weite, dem Festland, entäußert, beschuldene, Fort, der „Times“ vor, des englischen, mehr denn je ein, Großbritannien, binde, als der

Die Aus, satzgegensatz